A-09-231 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 230 bis 231 einfügen:
Teil der Verteidigungsausgaben verankert - jetzt muss die Bundesregierung liefern. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht für die Bundeswehr sowohl für Männer als auch für Frauen lehnen wir ab. Zwangsdienst bei der Bundeswehr führt zur Militarisierung der Gesellschaft. Wir brauchen keine Kriegstüchtigkeit und Aufrüstung, sondern Klimaschutz, soziale Sicherheit und gute Bildung. Bündnis 90/Die Grünen unterstützen das im Grundgesetz verankerte Recht auf Kriegsdienstverweigerung inklusive des Schutzes von Flüchtenden aus allen kriegs- und bürgerkriegsaktiven Ländern.

Auch die alternative geplante Einführung eines verpflichtenden „Zwangsjahres“ für Jugendliche wird abgelehnt. Darin ist vorgesehen, dass die Jugendlichen frei wählen können, ob sie dieses bei der Bundeswehr oder im z. B. sozialen Bereich abzuleisten haben.

Begründung

Statt Kriegstüchtigkeit braucht es wieder eine Entmilitarisierung der Außenpolitik. Konflikte müssen angesichts der globalen Herausforderungen diplomatisch gelöst werden durch Waffenstillstände, Friedensverhandlungen in aktuellen Kriegen, Stärkung der Vereinten Nationen und des Völkerrechts sowie zivile Krisenprävention.

Laut Jugendstudien lehnen die Jugendlichen den Zwangsdienst mit großer Mehrheit ab. Die Jugendlichen der aktuellen Jahrgänge haben dank der falschen Coronapolitik mit Langzeit-Schulschließungen und Zwangsisolierungen 2 Jahre ihres jungen Lebens verloren. Ihnen jetzt – zudem mit falschen Argumenten – ein weiteres Lebensjahr stehlen zu wollen, ist politisch nicht verantwortbar und nicht akzeptabel.

Bevor über ein allgemeines Pflichtjahr auch nur nachgedacht werden darf, muss den jetzt bereits zu Abertausenden vorhandenen Jugendlichen, die im sozialen oder ökologischen Bereich ein solches Jahr ableisten wollen – und durch fehlende Stellen, schlechte Organisation und nicht vorhandene Finanzierung nicht ableisten können – zunächst mal die Möglichkeit gegeben werden, das zu tun.

Wenn weder die angeblich nötigen Soldat*innenplätze noch die alternativen Wahlplätze vorhanden sind – und das wären sie auf etliche Jahre hinaus nicht – würde eine Einführung zudem zu einer unverantwortbaren Ungerechtigkeit bei „Einzelnen“ führen.

weitere Antragsteller*innen

Jannik Hartenstein (KV Saale-Orla); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Daphne Wurzbacher (KV Münster); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Ruth Birkle (KV Karlsruhe-Land); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Arne Winkelmann (KV Wittmund); Thomas Mohr (KV München); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer

Kreis); Andrea Schwarz (KV Karlsruhe-Land); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.